



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

03. Mai 2019

Wochenbericht KW 18

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 28 % bzw. 27 %, SPD bei 18 % bzw. 17 % Grüne bei 20 % bzw. 19 %, AfD bei 13 % bzw. 12 %
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, aber deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen
Thema Bundesregierung:	Umwelt- und Klimapolitik
Diesel:	Bürger sehen zunehmend eher keine Fortschritte bei der Begrenzung der Luft- verschmutzung, gleichzeitig werden Gesundheitsrisiken weiterhin eher gering eingeschätzt Steigende Akzeptanz für Fahrverbote
Wichtigstes Thema:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	27 (-1)	28 (-)	28 (-1)
SPD	17 (-)	17 (-)	18 (+1)
FDP	8 (-1)	9 (-)	8 (-1)
DIE LINKE	9 (+1)	9 (-1)	9 (+1)
B'90/Grüne	20 (+1)	19 (+1)	20 (-)
AfD	13 (-)	13 (-)	12 (-)
Sonstige	6 (-)	5 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	23.-26.04.	25.-30.04.	29.-30.04.

Die Union liegt bei Emnid 11 (-), bei forsa 10 (-1) und bei infratest dimap 10 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Union liegt bei forsa bei 27 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit November 2018.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	30 (-)
Nahles	13 (-)
Kramp-Karrenbauer	26 (-)
Scholz	23 (-1)
Erhebungszeitraum	23.-26.04.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 17 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und mit 3 (+1) Prozentpunkten nur knapp vor Olaf Scholz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (05.05.2019)

² im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 14

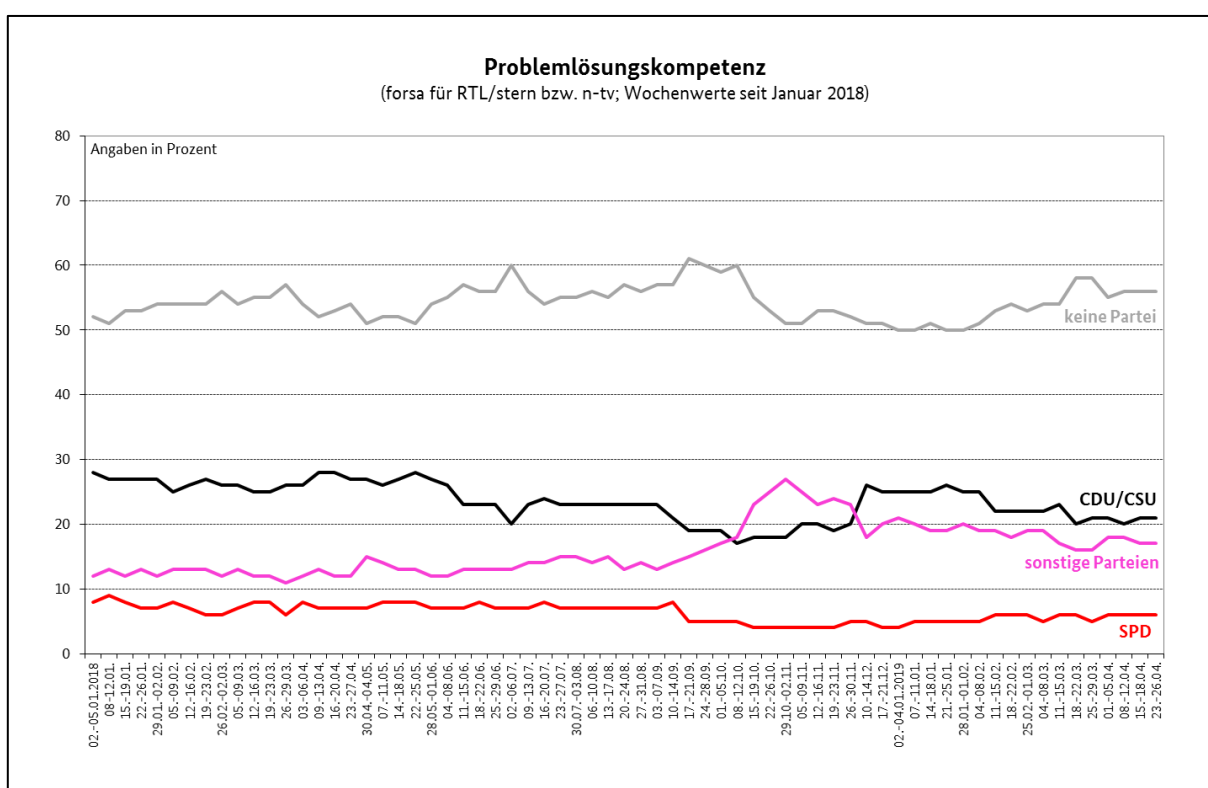
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	21	(-)
SPD	6	(-)
sonstige Parteien	17	(-)
keine Partei	56	(-)
Erhebungszeitraum	23.-26.04.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

56 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



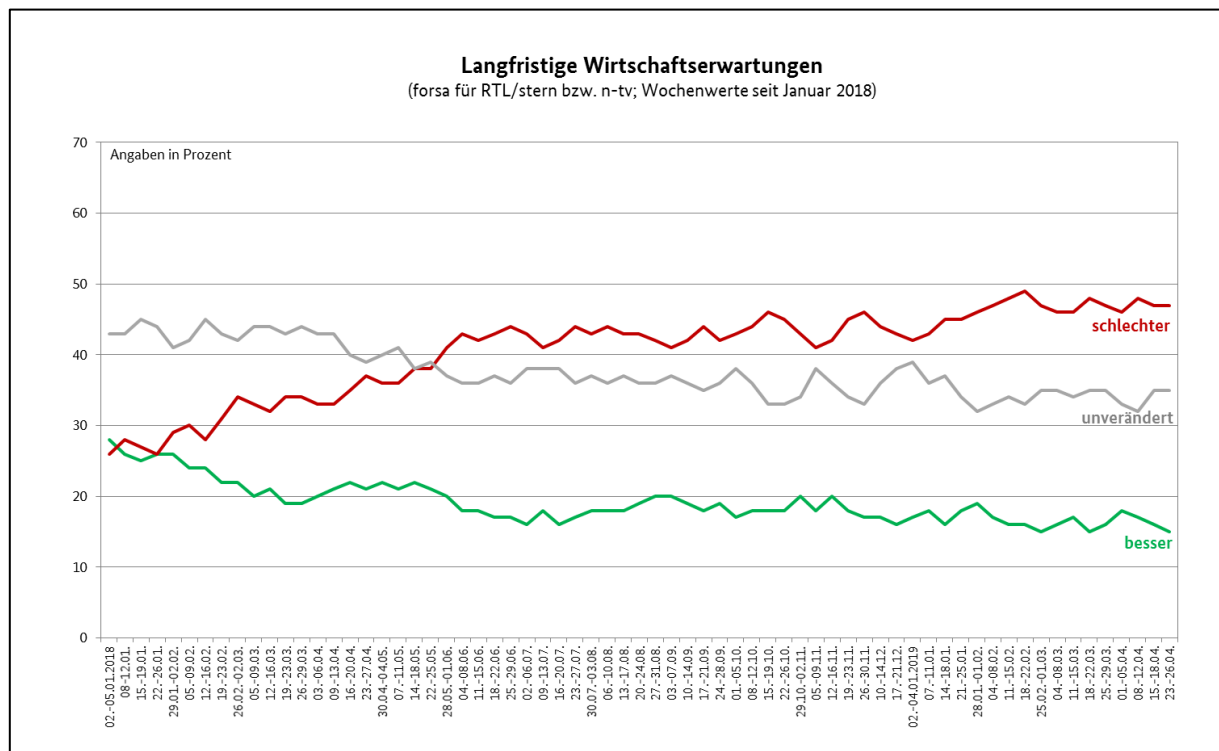
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	15	(-1)
schlechter	47	(-)
unverändert	35	(-)
Erhebungszeitraum	23.-26.04.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 32 (+1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



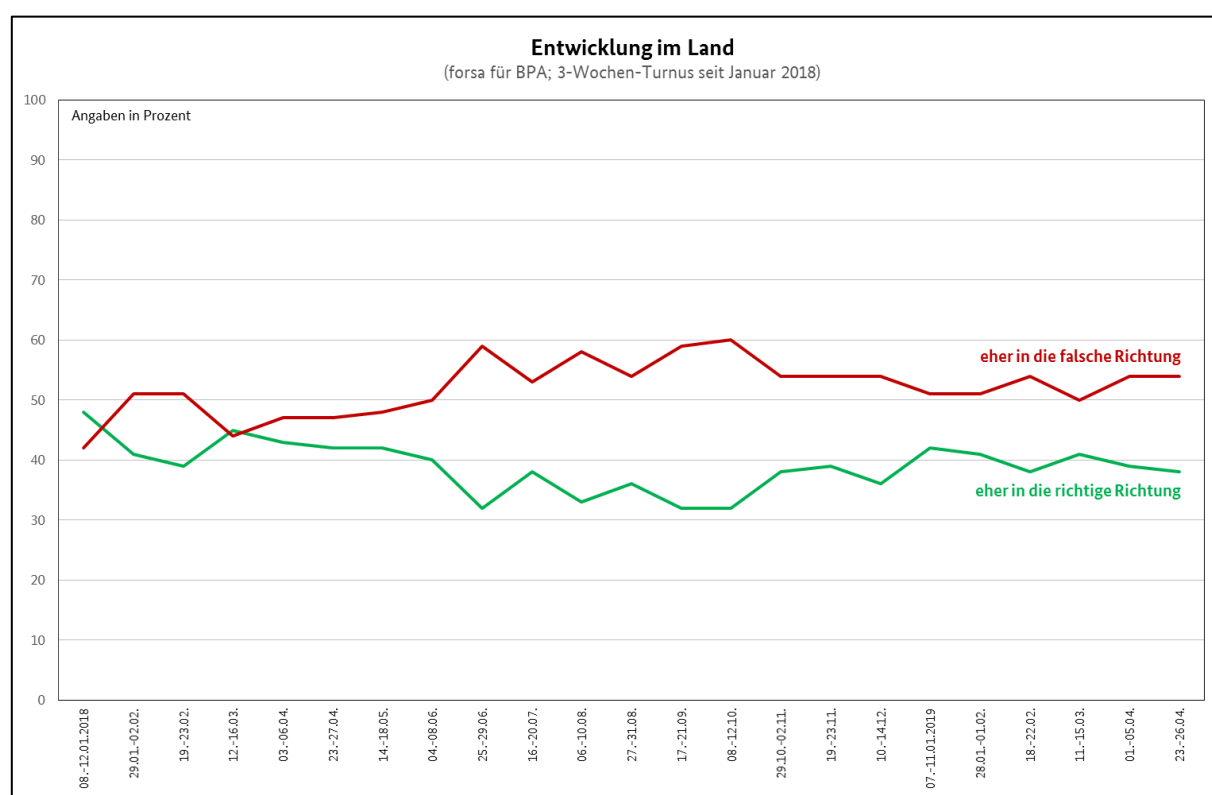
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 15

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	38 (-1)
eher in die falsche Richtung	54 (-)
Erhebungszeitraum	23.-26.04.

Anhänger der Union (60 %) und der Grünen (43 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (44 % zu 31 %).

Für Geringverdiener (61 %), Ostdeutsche und 45- bis 59-Jährige (jew. 59 %) sowie Anhänger der AfD (87 %) und der Linkspartei (67 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 15

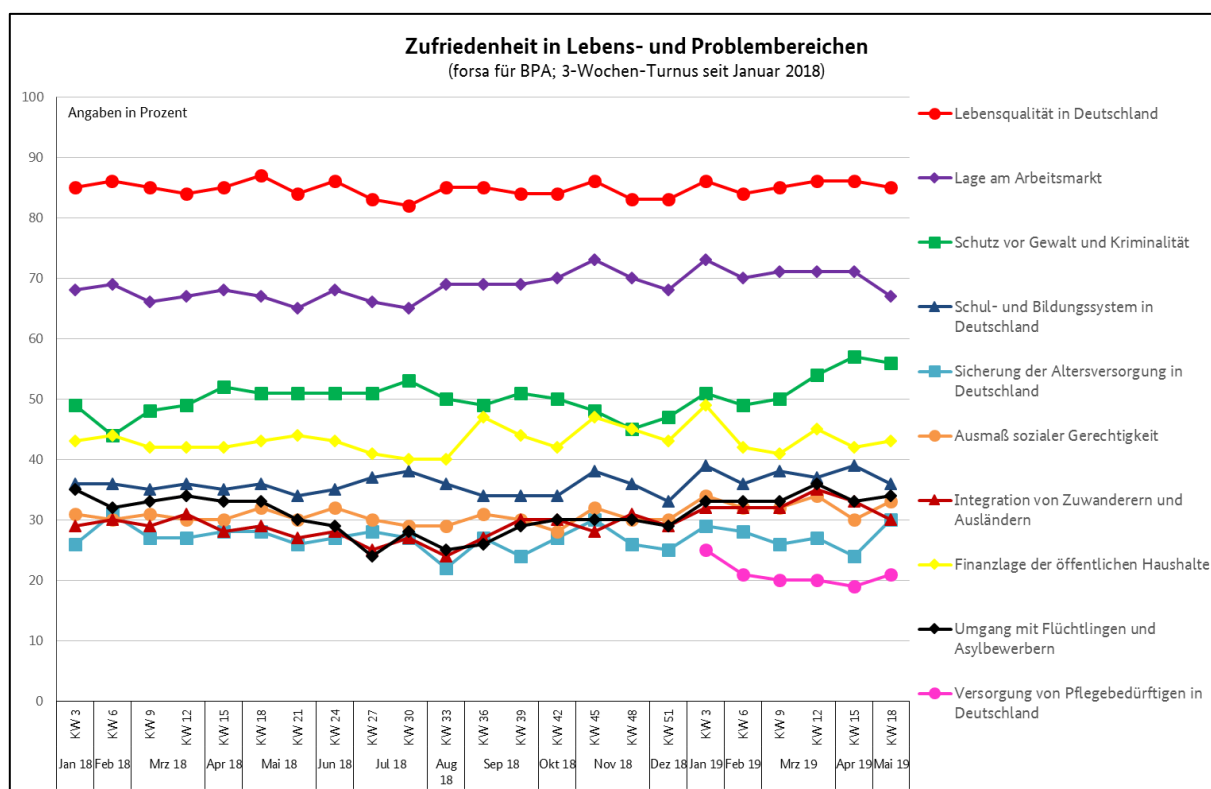
Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden		weniger bzw. gar nicht zufrieden	
Lebensqualität in Deutschland	85	(-1)	14	(-)
Lage am Arbeitsmarkt	67	(-4)	26	(+3)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	56	(-1)	43	(+1)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	(+1)	50	(-1)
Schul- und Bildungssystem in Deutschland	36	(-3)	61	(+3)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	34	(+1)	62	(+2)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	33	(+3)	66	(-1)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	30	(-3)	67	(+5)
Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	30	(+6)	68	(-7)
Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland	21	(+2)	74	(-2)
Erhebungszeitraum	23.-26.04.			

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (85 %), der Lage am Arbeitsmarkt (67 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (56 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von zehn Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (76 %) und der Linkspartei (63 %) sind überdurchschnittlich häufig (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (63 % zu 47 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (66 % zu 30 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- bzw. Mittelverdiener (65 % zu 48 %). Ostdeutsche (58 %) sowie Anhänger der AfD (70 %) und der FDP (48 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (75 %) sowie Anhänger der Linkspartei (80 %) und der AfD (73 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem. Auch mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern sind Ostdeutsche (74 %) sowie Anhänger der AfD (89 %) und der Linkspartei (72 %) überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Die Zufriedenheit mit der Sicherung der Altersversorgung ist im Vergleich zur letzten Erhebung deutlich gestiegen (+6 Prozentpunkte).

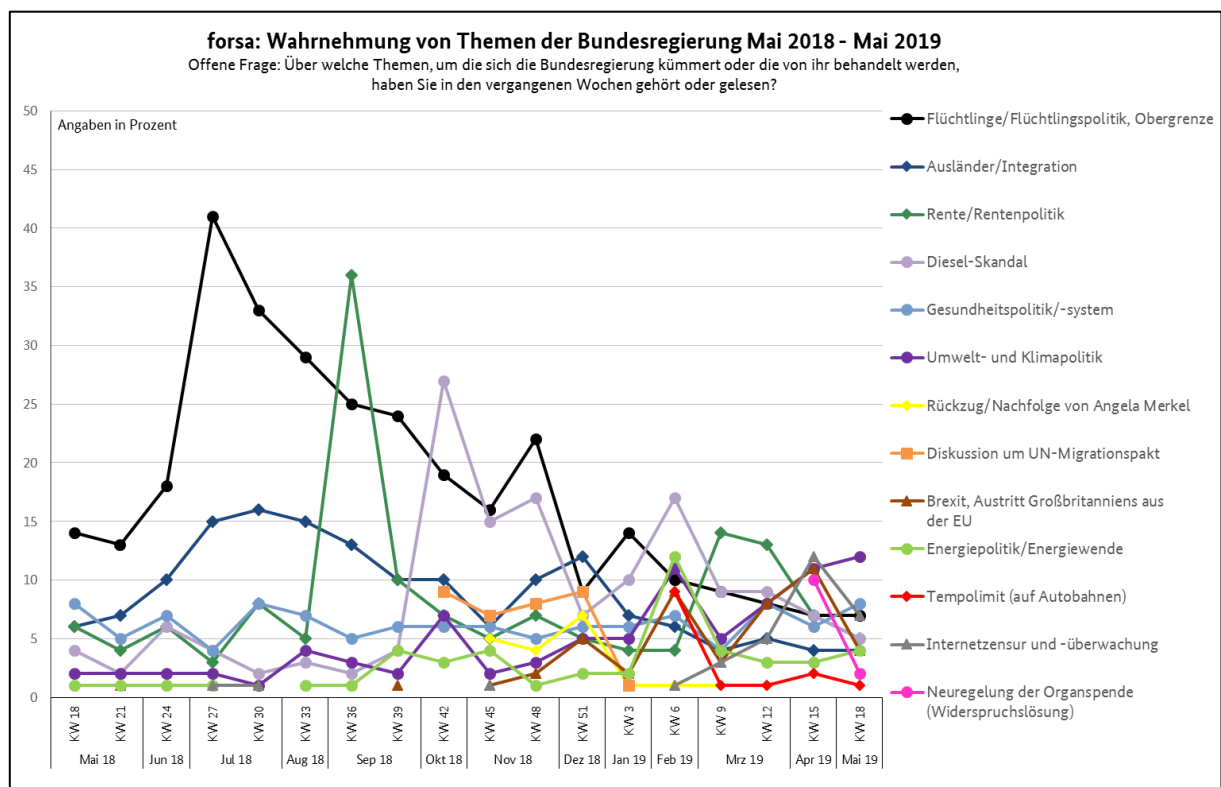


Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 15

	forsa für BPA
Umwelt- und Klimapolitik	12 (+1)
Gesundheitspolitik/-system	8 (+2)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	7 (-)
Internetzensur und -überwachung	7 (-5)
Diesel-Skandal	5 (-2)
Rente/Rentenpolitik	5 (-2)
Erhebungszeitraum	23.-26.04.

Die Umwelt- und Klimapolitik ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Überdurchschnittlich häufig wird es von Anhängern der Grünen (18 %) genannt.



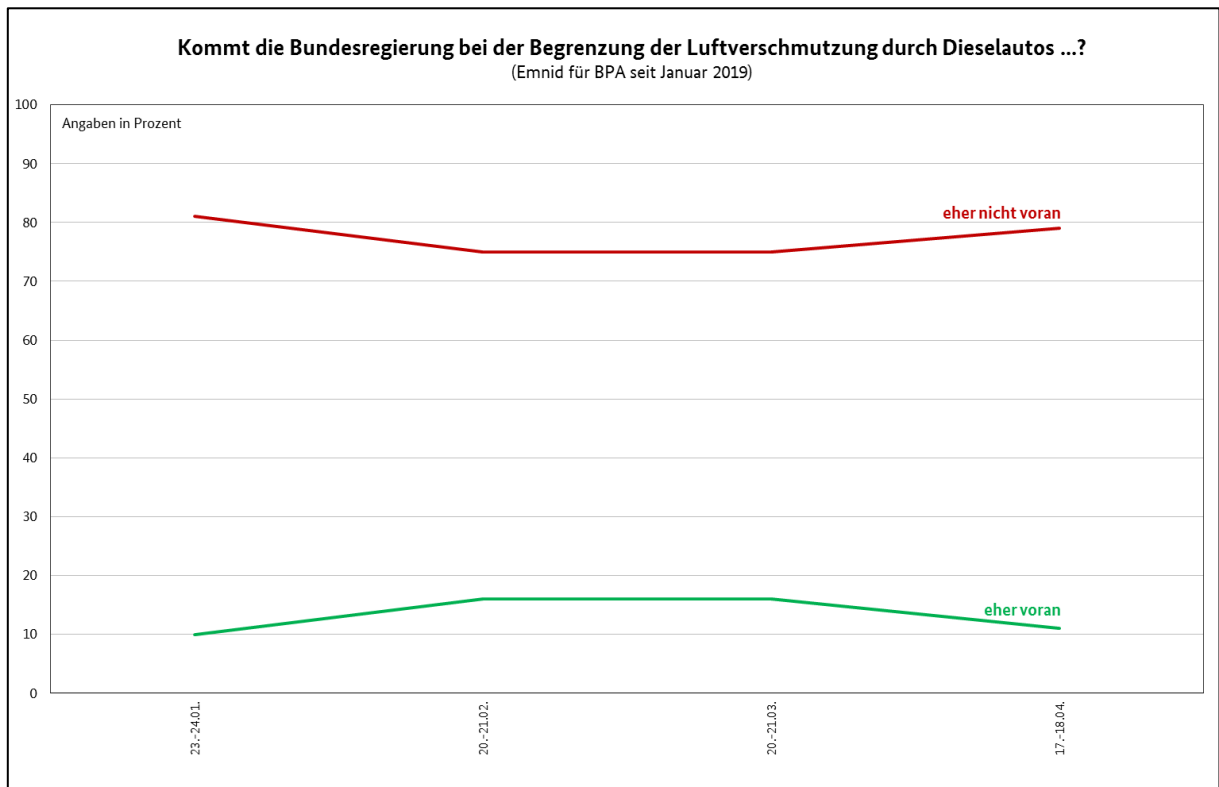
Kommt die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung durch Dieselaautos ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	Emnid für BPA	
eher voran	11	(-5)
eher nicht voran	79	(+4)
Erhebungszeitraum	17.-18.04.	

Unter 30-Jährige (19 %) und Anhänger der Union (18 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung durch Dieselaautos eher vorankommt.

Hingegen meinen 40- bis 59-Jährige (86 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (84 %) sowie Anhänger der Grünen (93 %), der AfD (91 %), der Linkspartei (88 %) und der SPD (84 %) überdurchschnittlich häufig, dass die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung eher nicht vorankommt.



Halten Sie gesundheitliche Gefahren an Ihrem Wohnort durch ältere Dieselaautos für ...?

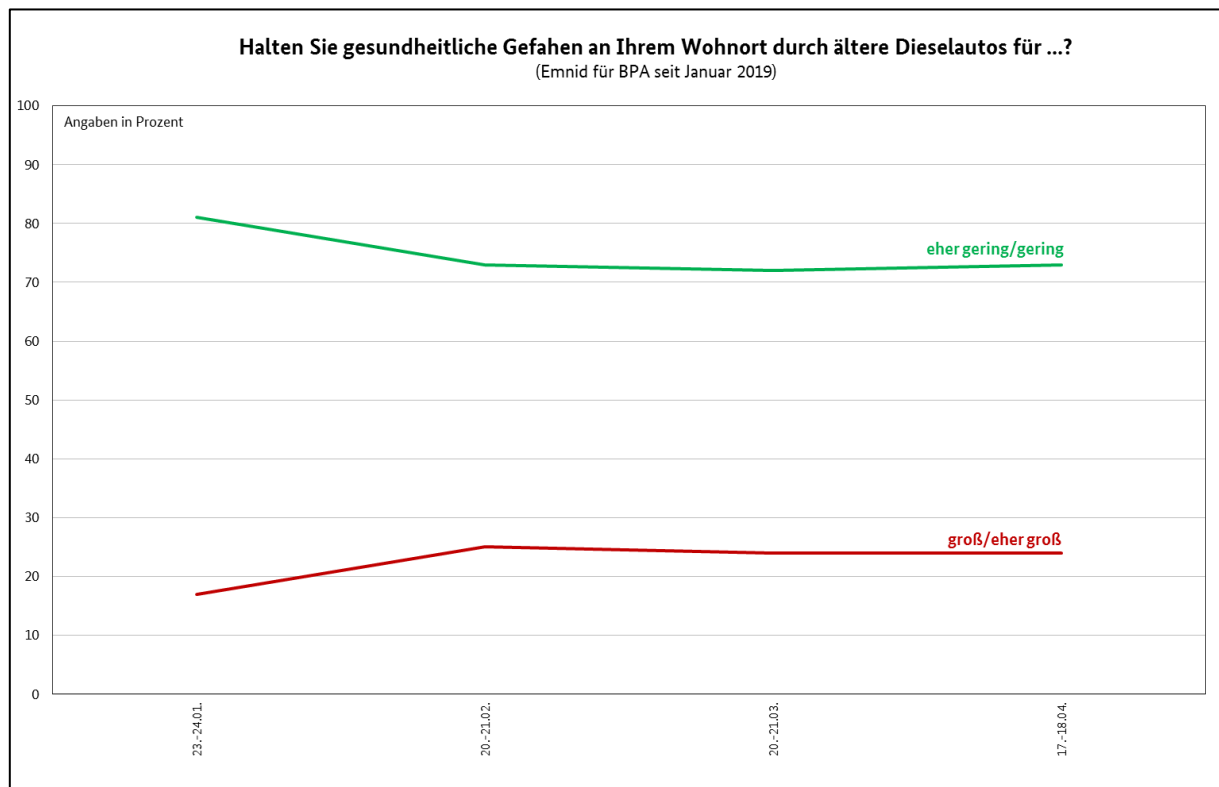
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	Emnid für BPA	
groß	12 (-)	
eher groß	12 (-)	
eher gering	33 (-4)	
gering	40 (+5)	
Erhebungszeitraum	17.-18.04.	

50- bis 59-Jährige und Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 29 %) sowie Anhänger der Linkspartei (41 %) und der Grünen (34 %) halten die gesundheitlichen Gefahren überdurchschnittlich oft für groß bzw. eher groß.

Hingegen halten 40- bis 49-Jährige, Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 81 %) und Männer (79 %) sowie Anhänger der AfD (94 %) die Gesundheitsrisiken überdurchschnittlich häufig für (eher) gering.

Je größer der Wohnort, desto mehr Einwohner sehen große bzw. eher große Gesundheitsgefahren (unter 20.000: 13 % zu über 100.000: 38 %).



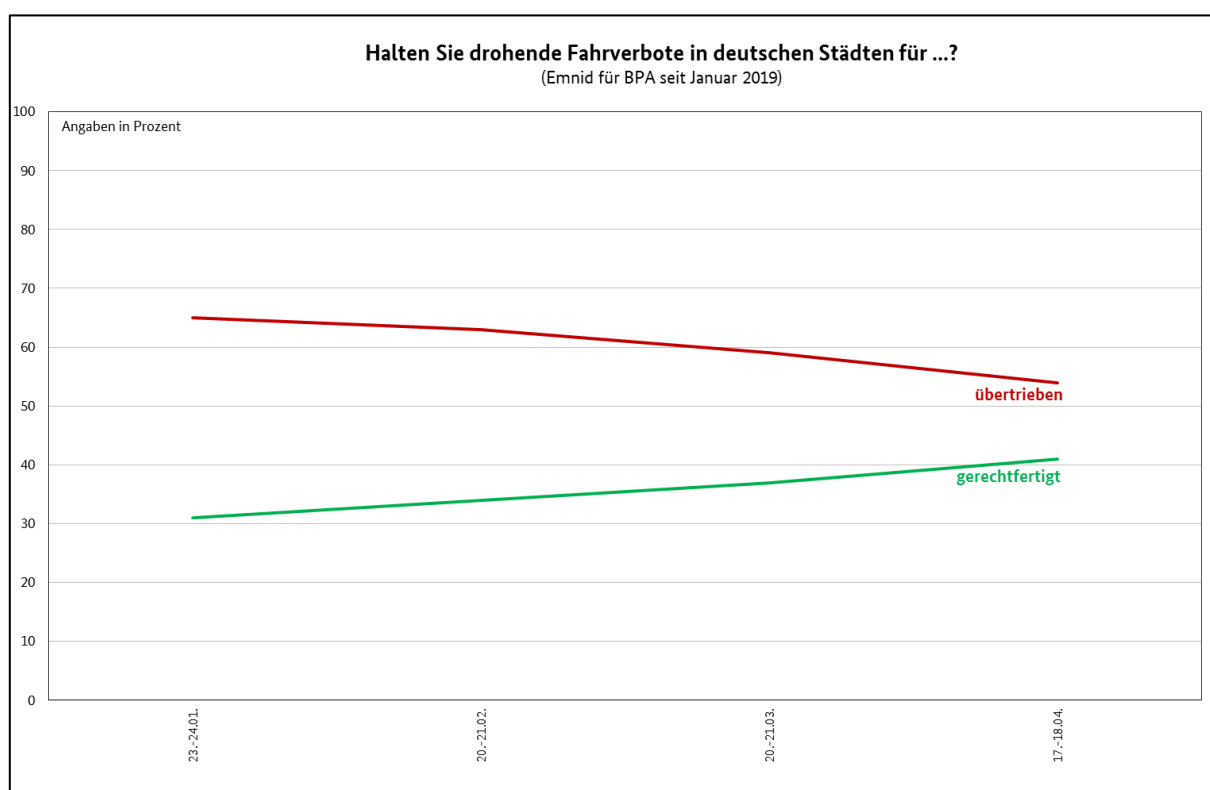
Halten Sie drohende Fahrverbote in deutschen Städten für ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	Emnid für BPA	
gerechtfertigt	41	(+4)
übertrieben	54	(-5)
Erhebungszeitraum	17.-18.04.	

Unter 30-Jährige (57 %), Großstädter (48 %) und Mittelstädter (46 %) sowie Anhänger der Linkspartei (54 %) und der Grünen (49 %) halten die drohenden Fahrverbote in deutschen Städten überdurchschnittlich oft für gerechtfertigt. Frauen sind eher dieser Meinung als Männer (47 % zu 34 %).

Hingegen halten insbesondere 40- bis 49-Jährige (75 %), Einwohner ländlicher Gemeinden (67 %), Ostdeutsche und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 62 %) sowie Anhänger der AfD (84 %) die Fahrverbote überdurchschnittlich häufig für übertrieben.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA	
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	10	(+2)
Umweltpolitik/-schutz	8	(-)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO ₂ -Ausstoß	7	(+3)
Europawahl	6	(+4)
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	5	(+1)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	5	(-1)
Erhebungszeitraum	29.-30.04.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen"; allerdings entfallen auf die weiteren Themen nur geringfügig weniger Nennungen.

Anhänger der AfD (23 %) und der Union (19 %) nennen die Flüchtlingspolitik überdurchschnittlich oft.

